



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 27.04.2026

Kurt Altenburger (SP, Rafz) hat das Amtsgelübde als Kantonsrat abgelegt und ist damit als neues Ratsmitglied in den Kantonsrat eingetreten (KR-Nr. 141/2026). Der 67-jährige Gemeindepräsident ersetzt Michèle Dünki.

Der Kantonsrat hat Rafael Mörgeli (SP, Stäfa) als Mitglied der STGK gewählt ([KR-Nr. 110/2026](#)). Er ersetzt Michèle Dünki.

Der Kantonsrat hat Priska Lötscher (SP, Winterthur) zur Präsidentin der STGK gewählt ([KR-Nr. 111/2026](#)). Sie ersetzt Michèle Dünki.

Der Kantonsrat hat David Garcia Nuñez (AL, Zürich) als Mitglied der KJS gewählt ([KR-Nr. 138/2026](#)). Er ersetzt Lisa Letnansky.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 49 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Zürich forderte, dass künftig der Übertritt in die Sekundarstufe I selektionsfrei erfolgen und die Sekundarschule wie die Primarschule ohne Abteilungen und Anforderungsstufen geführt werden soll ([KR-Nr. 55/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 13 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Wädenswil unverheiratete kinderlose Personen berechtigen wollte, eine natürliche Person zu bestimmen, welche erbschafts- und schenkungssteuerrechtlich einem Ehegatten gleichgestellt ist ([KR-Nr. 137/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 56 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Kilchberg forderte, dass die Informationen zum «Individuellen Konto» bei der Ausgleichskasse automatisch und regelmässig allen versicherten Personen zugestellt werden, damit betroffene Personen Beitragslücken in der AHV rechtzeitig schliessen können ([KR-Nr. 136/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat die Motion betreffend «Schaffung einer Aufsichtskommission für Digitalisierung und IKT» der FIKO diskussionslos überwiesen ([KR-Nr. 41/2026](#)). Das Geschäft geht an die GL des Kantonsrates zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Der Kantonsrat hat das als Motion eingereichte Postulat betreffend «Kantonale Strategie für die Umsetzung des Versorgungskonzepts «ambulant vor stationär» entlang des gesamten Behandlungspfades» von SP, Grüne und AL diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 72/2026](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Gebühren für Bewilligungen in der Gesundheitsversorgung» von SP, GLP, Grünen, Mitte, EVP und AL diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 74/2026](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Strategie für die digitale Souveränität des Kantons Zürich» von Grünen, SP, FDP, GLP, Mitte, EVP und AL diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 83/2026](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Kantonale IKT-Infrastruktur sicherstellen» von Grünen, SP, FDP, GLP, Mitte, EVP und AL diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 84/2026](#)).

Der Kantonsrat ist in erster Lesung mit 95 zu 69 Stimmen auf eine Änderung des EKZ-Gesetzes eingetreten, mit dem die Amtszeit der EKZ-Verwaltungsräte auf 12 Jahre beschränkt werden soll ([KR-Nr. 229/2024](#)). Der Rat ist dabei dem Antrag der GL gefolgt. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat mit 112 Stimmen eine parlamentarische Initiative der GL des Kantonsrates vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, verschiedene problematische Punkte des Budgetverfahrens zu optimieren ([KR-Nr. 89/2026](#)). Die PI geht nun zurück zur GL zur Ausarbeitung eines Berichts und Antrags.

Der Kantonsrat hat mit 116 Stimmen eine parlamentarische Initiative der GL des Kantonsrates vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass das Verfahren der parlamentarischen Initiative im Sinne eines Bundesgerichtsentscheids strenger strukturiert bzw. das Anhörungs- und Vernehmlassungsverfahren besser integriert wird ([KR-Nr. 90/2026](#)). Die PI geht nun zurück zur GL zur Ausarbeitung eines Berichts und Antrags.

(nic.)